

DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

März 2014 N° 4

Ein neuer humanitärer Interventionismus?

Frankreichs militärisches Engagement
in Subsahara-Afrika 20 Jahre nach Ruanda

von Tobias Koepf

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut français des relations internationales und der

Robert Bosch Stiftung

Herausgeber und Redaktion:
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <demesmay@dgap.org>

Zusammenfassung / Summary

Ein neuer humanitärer Interventionismus?

Frankreichs militärisches Engagement in Subsahara-Afrika 20 Jahre nach Ruanda

von Tobias Koepf

Im Jahr 2014 jährt sich der Völkermord in Ruanda zum zwanzigsten Mal. Der blutige Konflikt und der umstrittene Militäreinsatz Frankreichs haben die französische Afrika-Politik und die Debatte um Auslandseinsätze in Frankreich nachhaltig geprägt. Letztlich läutete Ruanda die Abkehr von der traditionellen französischen Afrika-Politik ein, die über Jahrzehnte auf eine Erhaltung des Status quo im eigenen »Hinterhof« gezielt hatte. Diese Wende war jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Ende des militärischen Engagements Frankreichs auf dem afrikanischen Kontinent. Doch wird in den Begründungen für die Interventionen Frankreichs seither verstärkt auf humanitäre Motive Bezug genommen und regelmäßig auf die Erfahrung mit Ruanda verwiesen. Wenn sich zu diesen humanitären sicherlich auch wirtschaftliche und sicherheitspolitische Motive gesellen, so unterstreicht der französische Diskurs zu den jüngsten Auslandseinsätzen in Afrika dennoch, wie einschneidend die 20 Jahre zurückliegenden Ereignisse in Ruanda für die französische Afrika-Politik waren.

A New Humanitarian Interventionism?

The French Military Engagement in Sub-Saharan Africa 20 Years after Rwanda

by Tobias Koepf

The year 2014 marks the twentieth anniversary of the genocide in Rwanda. This bloody conflict and the disputed military action by France have left their enduring mark on the French African policy and the debate within France regarding overseas assignments. In the end, Rwanda rang in the renunciation of the traditional French African policy, which had aimed at maintaining the status quo in the French "backyard" for decades. This turning point, however, was not synonymous with an end of the military engagement of France on the African continent. Nevertheless since then, the reasons given for interventions conducted by France increasingly stress humanitarian motives and are being regularly referred to the experiences made in Rwanda. While in addition to these humanitarian motives, economic and security policy aspects play an important role, the French discourse concerning the latest overseas assignments in Africa still underlines how far-reaching the events of twenty years ago in Rwanda have been for French African policy.

Inhalt

Frankreichs Rolle bis 1994.....	4
Abschied des »Gendarmen Afrikas« nach 1994	5
Vom »Gendarm« zum »Feuerwehrmann«?	6
Von »Licorne« bis »Sangaris«: Die Spuren Ruandas	8
Côte d’Ivoire, Tschad, Mali: Fortleben der Realpolitik	9
Schlussbemerkungen.....	11
Anmerkungen.....	11

Ein neuer humanitärer Interventionismus?

Frankreichs militärisches Engagement in Subsahara-Afrika 20 Jahre nach Ruanda

von Tobias Koepf

Am 6. April 2014 jährt sich zum 20. Mal der Beginn des Völkermords in Ruanda. Innerhalb weniger Monate kamen zwischen April und Juli 1994 etwa 800.000 Menschen ums Leben, als radikale Hutu-Milizen Jagd auf Angehörige der Tutsi-Minderheit sowie moderate Hutu machten. Das schon seit langer Zeit gespannte Verhältnis zwischen den beiden Ethnien hatte sich zugespitzt, als die aus dem benachbarten Uganda operierenden Tutsi-Rebellen der Rwandan Patriotic Front (RPF) die Macht in Ruanda übernehmen wollten. Geführt vom heutigen ruandischen Staatschef, Paul Kagamé, versuchte die RPF ab Oktober 1990 die Hutu-Regierung unter dem damaligen Präsidenten Juvénal Habyarimana zu stürzen. Als Habyarimana beim – bis heute nicht vollständig aufgeklärten – Abschuss seines Flugzeugs am 6. April 1994 zu Tode kam, entfaltete sich eine Spirale der Gewalt. Hutu-Extremisten bezichtigten die RPF der Tat und nutzten dies als Legitimation für den Beginn großflächiger Tötungsaktionen.

Neben dem Völkermord und seinen Auswirkungen auf die ruandische Gesellschaft erhitzt auch die Rolle Frankreichs vor und während den Ereignissen in Ruanda regelmäßig die Gemüter – vor allem in der französischen Debatte, aber auch darüber hinaus. Paris unterstützte in den Jahren vor dem Genozid das Regime Habyarimana politisch und militärisch. Da Frankreich sich erst spät – nach Meinung vieler Beobachter zu spät – von dem Hutu-Regime distanzierte, geriet es als »Komplize« des Völkermords in Verruf. Daran änderte auch der französische Versuch nichts mehr, durch die

Einrichtung einer militärisch abgesicherten humanitären Sicherheitszone im Juni 1994 Flüchtlinge ins benachbarte Zaïre, die heutige Demokratische Republik Kongo, zu evakuieren (Operation »Turquoise«). Obwohl eine direkte Mitschuld Frankreichs an den Massentötungen nie nachgewiesen wurde, ist das bilaterale Verhältnis zwischen Paris und der ruandischen Regierung unter Kagamé, der seit 2000 das Land regiert, bis heute angespannt.

Während die Frage der Mitschuld Frankreichs an den Ereignissen in Ruanda immer wieder für kontroverse Diskussionen sorgt, sind die Auswirkungen der französischen Ruanda-Politik auf die französische Afrika-Politik, und dabei insbesondere deren sicherheitspolitische Dimension, bislang nur wenig beachtet worden. Die vorliegende Analyse zeigt, dass »Ruanda« auf Frankreichs militärisches Engagement in Afrika in zweierlei Hinsicht eine prägende Wirkung hatte: Einerseits markierte Frankreichs zweifelhafte Rolle den Anfang vom Ende der traditionellen Afrika-Politik Frankreichs. Diese hatte bis dahin maßgeblich auf die Erhaltung des Status quo im französischsprachigen »Hinterhof« (»pré-carré«) abgezielt. Andererseits hatte die Unfähigkeit Frankreichs, den ruandischen Völkermord zu verhindern, eine prägende Wirkung auf Frankreichs interventionspolitisches »Comeback« in Afrika, das sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts beobachten lässt. Denn die Verhinderung von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind seitdem ein wichtiges Motiv der meisten jüngsten Militäreinsätze Frankreichs in Afrika, wengleich weiterhin auch realpolitische Ziele verfolgt werden.

Frankreichs Rolle bis 1994

Frankreichs postkoloniale Afrika-Politik war in erster Linie durch den Willen geprägt, im französischsprachigen Afrika südlich der Sahara auch nach der Unabhängigkeit der einstigen Kolonien Anfang der 1960er Jahre eine exklusive Einflusszone aufrechtzuerhalten. Damit wollte es seinen Großmachtstatus und im Kontext des Kalten Krieges die – allerdings eher symbolische als den tatsächlichen Machtverhältnissen entsprechende – Position des Landes als »dritte Kraft« neben den Supermächten USA und Sowjetunion erhalten.

Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgte Paris in seinem afrikanischen »pré-carré« dreißig Jahre lang eine status-quo-orientierte Politik, die auf einer Übereinkunft mit den zahlreichen afrikanischen Eliten fußte, die das Ende der Kolonialzeit überlebt und auch in den jungen Staaten weiterhin das Sagen hatten. Frankreich garantierte seinen Verbündeten politischen und militärischen Schutz gegen Umsturzversuche sowohl aus dem eigenen Land als auch durch externe Kräfte. Im Gegenzug gewährten die afrikanischen Staatshäupter der ehemaligen Kolonialmacht ein gewichtiges Mitspracherecht bei der Gestaltung der politischen Machtverhältnisse in ihren Staaten, einen bevorzugten Zugriff auf die dortigen wirtschaftlichen Ressourcen sowie die Fortsetzung seines kulturellen Einflusses im Rahmen der Frankophonie. Gemäß dieser Politik intervenierte Paris zwischen 1960 und Anfang der 1990er Jahre mehrere Male, als ein verbündeter Staatshaupter in Bedrängnis geraten war.¹

Ebenso wie die beiden anderen ehemaligen belgischen Kolonien Zaïre und Burundi zählte Frankreich seit den 1970er Jahren auch Ruanda zu seinem »pré-carré«. Zentral war hierbei die Unterzeichnung bilateraler technischer Militärhilfekonventionen, die Paris u. a. die Entsendung von Militärberatern in die drei Staaten erlaubte. Ähnlich wie in den eigenen Exkolonien übernahmen diese Militärberater teilweise zentrale Funktionen in den nationalen Armeen und konnten die Aktivitäten der jeweiligen Streitkräfte stark beeinflussen. Auch wenn die Beziehungen zu Zaïre, Ruanda und Burundi nie so eng waren wie zu den ehemaligen französischen Kolonien, verfolgte Paris auch hier

eine proaktive, status-quo-orientierte Einflusspolitik und knüpfte enge Bande zu den dort regierenden Eliten. Dass Paris auch in diesen drei Staaten nicht vor Militäraktionen zurückschreckte, zeigte sich zum ersten Mal im Jahre 1978 bei der Intervention in der zaïrischen Provinz Shaba (heute: Katanga). Hier schlug die französische Armee den Angriff von vermutlich durch die Sowjetunion und das moskautreue Angola unterstützten Rebellen zurück.

Als die RPF am 1. Oktober 1990 in Ruanda einmarschierte und die Macht des ruandischen Präsidenten Habyarimana in Frage stellte, zeigte Frankreich sich ebenfalls zu einem Eingreifen bereit. Nur wenige Tage später entsandte Paris auf Bitte Habyarimanas Truppen ins Land (Operation »Noroît«). Mit dieser logistischen Unterstützung gelang es der ruandischen Armee zunächst, die RPF an einer Machtübernahme zu hindern. Der Grund für das schnelle französische Eingreifen war dabei nicht nur der potentielle Machtverlust eines befreundeten Regimes, sondern auch die Furcht, dass sich der Einfluss des eng mit den USA verbündeten Nachbarstaats Uganda, von dem aus die RPF operierte, in der Region ausweiten könnte. Washington wies die Idee eines »ugandisch-amerikanischen Komplotts« zwar vehement zurück, und ob eine solche Allianz tatsächlich existierte, bleibt im Dunkeln. Sie war auf den Gängen der französischen Entscheidungszentralen jedoch zweifelsohne präsent. Nach Ende des Kalten Krieges sahen in Paris viele die USA als Hauptkonkurrenten im Kampf um Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent.

Den französischen Soldaten gelang es in den folgenden Jahren zwar, die Lage in Ruanda zumindest soweit unter Kontrolle zu halten, dass Habyarimana im Amt verbleiben konnte. Von einer politischen Lösung blieb das Land jedoch weit entfernt. Auch das im August 1993 in Arusha (Tansania) geschlossene Friedensabkommen, das eine Übergangsregierung unter Beteiligung der RPF vorsah, ermöglichte keinen langfristigen Frieden. Eine UN-Friedensmission, die im Oktober 1993 nach Ruanda entsandt wurde, um das Abkommen zu überwachen, konnte nach dem Abzug der französischen Truppen im Dezember 1993 nicht wie erhofft für Stabilität im Land sorgen.

Abschied des »Gendarmen Afrikas« nach 1994

Während der Konfrontation zwischen der ruandischen Regierung und der RPF hatten auf Seiten der Hutu-Regierung radikale Kräfte stetig an Einfluss gewonnen. Diese Kräfte lehnten die aus dem Abkommen von Arusha hervorgegangene Übergangsregierung ab und heizten unter den Hutus die Stimmung gegen die Tutsi immer weiter an. Als Habyarimanas Flugzeug am 6. April 1994 von bis heute nicht eindeutig identifizierten Tätern beim Anflug auf den Flughafen der ruandischen Hauptstadt Kigali abgeschossen wurde, verdächtigten radikale Hutu-Vertreter die RPF, für die Tat verantwortlich gewesen zu sein. Sie hetzten – u. a. über den zu trauriger Berühmtheit gelangten regierungsnahen Radiosender Radio-Télévision Libre des Mille Collines (RTLM) – die Interahamwe-Milizen auf, welche nur wenige Stunden nach der Nachricht des Flugzeugabsturzes ihre Hetzjagd auf Angehörige der Tutsi und moderate Hutu-Angehörige begannen.

Wie die gesamte internationale Gemeinschaft schaute auch Paris der Spirale der Gewalt zunächst tatenlos zu. Drei Tage nach Beginn der Tötungen schickte der damalige französische Präsident François Mitterrand zwar erneut Soldaten in das Land (Operation »Amaryllis«). Diese hatten allerdings lediglich den Auftrag, französische und andere ausländische Staatsbürger zu evakuieren und verließen nach nur zwei Wochen wieder das Land. In den folgenden Wochen unternahm Paris weder einen Versuch, die Hutu-Milizen zu stoppen, noch reagierte es auf die Offensive der RPF. Letztere nutzte das Chaos im Land und übernahm innerhalb nur weniger Wochen die Kontrolle über den Großteil des Territoriums inklusive der Hauptstadt Kigali. Erst im Juni rang sich Frankreich zu einem erneuten militärischen Eingreifen durch. Am 23. Juni wurden etwa 3000 Soldaten der Operation »Turquoise« entsandt, um von Stützpunkten im Nachbarland Zaïre aus eine humanitäre Sicherheitszone im Südwesten Ruandas einzurichten. Über diese Sicherheitszone sollte der ruandischen Zivilbevölkerung (sowohl den Tutsi als auch den von den Milizen verfolgten Hutu) die Flucht nach Zaïre ermöglicht werden.

Die Rolle Frankreichs in Ruanda sorgte in den Jahren nach 1994 sowohl auf internationaler Ebene als auch innerhalb Frankreichs für eine intensive Debatte. Die französische Regierung sah sich dabei dem Vorwurf ausgesetzt, sich durch die jahrelange Unterstützung der Regierung von Präsident Habyarimana zum Komplizen des Völkermords gemacht zu haben. Einige Stimmen gingen sogar noch weit darüber hinaus und bezichtigten französische Soldaten einer direkten Mitwirkung am Völkermord. Auch wurde (und wird von einigen bis heute) der Vorwurf erhoben, Paris habe durch die Einrichtung der humanitären Sicherheitszone im Rahmen der Operation »Turquoise« nicht der verfolgten Zivilbevölkerung, sondern vor allem seinen Hutu-Verbündeten die Flucht aus dem Land ermöglichen wollen.²

Die damals involvierten französischen Entscheidungsträger bestreiten diese Vorwürfe bis heute vehement. Insbesondere gegenüber einer – allerdings immer wieder scharf als parteiisch und zu einseitig kritisierten – Informationsmission des französischen Parlaments, die im Dezember 1998 ihren Abschlussbericht vorlegte, nahmen einige von ihnen zu den Ereignissen in Ruanda Stellung. Dabei gaben sie zwar zu, dass Frankreich zwischen 1990 und 1993 den ruandischen Präsidenten Habyarimana gegen die RPF unterstützt hatte. Diese Unterstützung sei jedoch mit dem Abzug der Operation »Noroît« im Dezember 1993 beendet worden. Verbindungen der französischen Armee zu den Hutu-Milizen habe es keine gegeben. Zwar stritten die befragten Entscheidungsträger nicht ab, dass Mitglieder der Hutu-Regierung über die Sicherheitszone nach Zaïre gelangt sein könnten. Dass darin das Ziel der Einrichtung der Sicherheitszone bestanden habe, wiesen sie aber deutlich zurück.³

In der Tat finden sich für die meisten Anschuldigungen gegenüber Frankreich bis heute keine stichhaltigen Beweise.⁴ Dennoch, oder vielleicht gerade wegen der vielen ungeklärten Fragen, ist die Rolle Frankreichs vor und während des Völkermords zu einem politischen Spielball zwischen Paris und Kigali geworden, der immer wieder zu diplomatischen Kontroversen führt. Die ruandische Regierung fordert eine offizielle Entschuldigung

Frankreichs für die langjährige Unterstützung des Habyarimana-Regimes. Allerdings war bislang keine französische Regierung zu einer Äußerung bereit, die den Ansprüchen der ruandischen Führungsspitze genügt hätte. Zwischen 2006 und 2009 führten die Ermittlungen des französischen Untersuchungsrichters Jean-Louis Bruguière gegen Kagamé und weitere Mitglieder seiner Regierung sogar zu einem vorübergehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Bruguière glaubte Beweise gefunden zu haben, denen zufolge die betreffenden Personen – alles ehemalige Mitglieder der Führungsriege der RPF – für den Abschuss des Flugzeugs Habyarimanas verantwortlich waren. Die auch in Frankreich stark umstrittene Klage basierte allerdings auf Fehlinformationen und wurde inzwischen zurückgezogen. Insbesondere seit Paris angekündigt hat, in Frankreich lebenden ehemaligen Hutu-Extremisten den Prozess zu machen, haben sich die franko-ruandischen Beziehungen wieder deutlich verbessert. Mitte März 2014 sprach ein Gericht in Paris mit dem Exarmeeoffizier Pascal Simbikangwa zum ersten Mal ein ehemaliges Mitglied der ruandischen Streitkräfte des Völkermords sowie der Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig und verurteilte ihn zu 25 Jahren Haft.

Großen Einfluss hatte die französische Erfahrung in Ruanda nicht nur auf das bilaterale Verhältnis zwischen Paris und Kigali, sondern auch auf das militärische Engagement Frankreichs auf dem afrikanischen Kontinent im Allgemeinen. Zum ersten Mal war es Paris in einem Land seines »pré-carré« nicht gelungen, ein befreundetes Regime mit militärischen Mitteln an der Macht zu halten. Dass dabei aus den einstigen Verbündeten innerhalb kürzester Zeit Völkermörder geworden waren, verstärkte in den französischen Entscheidungszirkeln die Überzeugung, dass ein Ende der alten Klientelpolitik sowie eine Neuausrichtung der französischen Politik in Afrika unausweichlich seien. Mit Ausnahme der vom französischen Parlament 1998 interviewten Personen äußerten sich jedoch nur wenige französische Offizielle öffentlich zu ihrer damaligen Rolle. In Hintergrundgesprächen mit dem Autor dieser Analyse bestätigten jedoch einige hochrangige Militärs, die in Ruanda vor und während des Völkermords Dienst geleistet hatten, dass

die Diskussion um eine französische Mitschuld die verantwortlichen französischen Politiker und Militärs »stark gezeichnet« und zu einem Umdenken geführt habe.⁵

Allerdings dauerte es nach dem Ruanda-Schock etwas, bis sich in der französischen Interventionspraxis tatsächlich ein Wandel abzeichnete. Auf den Komoren (1995) und in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR – 1996) handelte Paris noch weitgehend seinen alten Grundsätzen entsprechend und hielt durch sein militärisches Eingreifen zweifelhafte Staatschefs an der Macht. Besonders zwischen 1997 und 2002 war jedoch deutlich ein Bruch mit der Politik alter Tage zu erkennen. So ließ Paris in Zaïre Anfang 1997 die oppositionellen Einheiten Laurent-Désiré Kabilas gewähren und eilte dem straukelnden Langzeit-Diktator Mobutu Sese Seko nicht noch einmal, wie zwanzig Jahre zuvor, militärisch zu Hilfe. Auch in Côte d'Ivoire – lange Zeit ein Vorzeige-Klientelstaat Frankreichs – hielt sich Paris im Dezember 1999 militärisch zurück, als der Präsident, Henri Konan Bédié, von einer Gruppe Militärs aus dem Amt geputscht wurde. Daher wurde damals über einen bevorstehenden militärischen Rückzug Frankreichs spekuliert, wenn nicht in Form eines vollständigen »désengagement«, so doch wenigstens in Gestalt einer stärkeren Multilateralisierung der eigenen Aktivitäten bzw. einer schrittweisen Übertragung des militärischen Konfliktmanagements auf dem Kontinent an afrikanische Akteure.⁶

Vom »Gendarm« zum »Feuerwehrmann«?

Zwanzig Jahre nach Ruanda kann von einem militärischen Rückzug Frankreichs vom afrikanischen Kontinent allerdings nicht die Rede sein, ganz im Gegenteil. Entgegen den Erwartungen vieler rund um die Jahrtausendwende ist Frankreich in Afrika militärisch aktiver als je zuvor. Seit dem Jahr 2002 hat Frankreich vier größere unilaterale Interventionen in der Region lanciert: die Operation »Licorne« in Côte d'Ivoire (seit September 2002), die Operation »Serval« in Mali (seit Januar 2013) sowie die Operation »Sangaris« in der ZAR (seit Dezember 2013), die dort eine bereits seit 2003 aktive kleinere

französische Operation (»Boali«) ergänzt. Dazu kommen vier militärische Operationen der Europäischen Union, die maßgeblich auf Initiativen Frankreichs zurückgingen und zu einem großen Teil aus französischen Soldaten zusammengesetzt waren bzw. sind: die zwei Operationen in der DR Kongo (»Artemis« im Jahr 2003 und »EUFOR RD Congo« in Jahr 2006), im Tschad und der ZAR die Operation »EUFOR Tchad/RCA« (2008–2009) sowie die Marineoperation »Atalanta« vor der Küste Somalias (seit 2008).

Ist der »Ruanda-Effekt«, der zum Ende der alten Politik führte, also schon wieder verpufft? Schnell wurden angesichts der fortgesetzten militärischen Aktivitäten Frankreichs in Afrika wieder die alten Kritiker der postkolonialen französischen Politik laut. Sie unterstellen Paris, der Welt »alten Wein in neuen Schläuchen« verkaufen und erneut auf militärischem Wege an Einfluss in seinem »pré-carré« gewinnen zu wollen. Allerdings greift diese Einschätzung zu kurz, denn das »neue« Engagement auf dem Kontinent findet unter stark veränderten Vorzeichen statt. Diese Analyse will zeigen, dass hier die französische Rolle in Ruanda eine deutlich größere Rolle spielte als häufig angenommen.

Neben dem dominierenden Vorwurf der Komplizenschaft mit den Völkermördern im Vorfeld des ruandischen Genozids wurde die französische Regierung auch aufgrund ihres sehr späten Versuchs kritisiert, das Morden zu beenden bzw. durch das Einrichten der Sicherheitszone (Operation »Turquoise«) das Leid der ruandischen Bevölkerung wenigstens ein wenig zu lindern.⁷ Mit ihrem Fokus auf die Kritik am Nichtstun Frankreichs befanden sich diese Stimmen am Puls der Debatte um das Pro und Kontra humanitärer Interventionen, die sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre international intensivierte. Ausgelöst durch die Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft, den Völkermord in Ruanda und das Massaker in Srebrenica (Bosnien, Juli 1995) zu verhindern, forderten immer mehr Stimmen ein schärferes, auch militärisches Vorgehen, um Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern bzw. zu stoppen. Zusätzlich Fahrt nahm die Debatte im Jahre 1999 auf, als sich die internationale Gemeinschaft zu einer militärischen Intervention in der damaligen

serbischen Provinz Kosovo entschied, wo der serbische Diktator Slobodan Milošević ethnische Säuberungsaktionen gegen Kosovo-Albaner geplant hatte.

In Folge der Kosovo-Intervention arbeitete eine von der kanadischen Regierung vorgeschlagene und im September 2000 gegründete Ad-hoc-Kommission, die »International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS)«, das Konzept der Schutzverantwortung (»responsibility to protect«, R2P) aus. Aufgabe dieser Kommission, deren Abschlussbericht im Dezember 2001⁸ der Öffentlichkeit präsentiert wurde, war es, Orientierungspunkte zu entwickeln, wann und wie die internationale Gemeinschaft auf Verbrechen wie in Ruanda, Bosnien oder im Kosovo reagieren sollte. Das Konzept der Schutzverantwortung wird häufig kritisiert⁹ und seine Befürworter erlitten v. a. durch seine zweifelhafte Anwendung im Irak-Krieg 2003 sowie durch seine Nichtanwendung in der Syrien-Krise (seit 2011) herbe Rückschläge. Dennoch hat es sich zu einer bedeutenden internationalen Norm entwickelt, die in der politischen und wissenschaftlichen Debatte fest verankert ist und insbesondere auf UN-Ebene regelmäßig diskutiert wird.

In Frankreich spielte die R2P-Norm ebenfalls eine wichtige Rolle in der Debatte um das Für und Wider militärischer Interventionen, auch mit Blick auf militärische Einsätze auf dem afrikanischen Kontinent. Die Diskussion um die Rolle Frankreichs in Ruanda begünstigte dies mit Sicherheit. Hinzu kam, dass in Frankreich bereits seit den 1980er Jahren ein ähnliches Konzept diskutiert wird: das sogenannte »Recht auf Einmischung« (»droit d'ingérence«). Dieses Konzept wurde vor allem von einer Gruppe französischer Ärzte entwickelt, die sich 1971 zu der bekannten Nichtregierungsorganisation »Ärzte ohne Grenzen« zusammengeschlossen hatten. Es zielte ursprünglich nur wenig auf den Einsatz militärischer Mittel und umfasste v. a. zivile Instrumente humanitärer »Einmischung«. In den vergangenen Jahren verschmolzen die Schutzverantwortung und das »Recht auf Einmischung« in der französischen Debatte jedoch zunehmend, auch wenn dies vor allem Skeptiker, was humanitäre Militäreinsätze angeht, stark kritisieren.¹⁰

Von »Licorne« bis »Sangaris«: Die Spuren Ruandas

Bei allen Militäreinsätzen, die Paris seit seinem interventionenpolitischen »Comeback« in Afrika im Jahre 2002 durchführte, waren humanitäre Motive von gewichtiger Bedeutung. Wie im nächsten Kapitel der vorliegenden Analyse deutlich werden wird, stellte keiner der entsprechenden Militäreinsätze eine »rein« humanitäre Intervention dar, denn immer spielten auch andere Ziele eine Rolle. Wenn französische Entscheidungsträger das militärische Eingreifen Frankreichs in der Öffentlichkeit begründeten, griffen sie jedoch in starkem Maße auf humanitäre Argumentationsmuster zurück. Humanitäre Motive waren dabei keine ausschließlich rhetorische »Fassade«, wie von Kritikern der französischen Politik zuweilen angemerkt wurde. In allen Fällen erfolgte der Einsatz militärischer Mittel als Reaktion auf schwere Konflikteskalationen, in denen zahlreiche Tote unter der Zivilbevölkerung zu beklagen waren.

In Côte d'Ivoire entschloss sich Paris im September 2002 zu seiner ersten größeren Militärintervention seit Mitte der 1990er Jahre. Vorausgegangen war eine Eskalation des Konflikts zwischen mehreren Rebellen Gruppen aus dem Norden und Westen des Landes und der Regierung unter dem damaligen Präsidenten Laurent Gbagbo. Der Konflikt hatte eine Vielzahl von Gründen, verfügte jedoch auch über eine religiöse Dimension, da die Hauptkonfliktlinie zwischen dem mehrheitlich muslimischen Norden und dem christlich dominierten Süden des Landes verlief. Nachdem innerhalb weniger Tage mehrere Tausend Menschen zu Tode gekommen waren, entschied sich Frankreich am 22. September 2002 zur Entsendung der Operation »Licorne«, die bis heute in dem westafrikanischen Land präsent ist.

In ihren Begründungen für ein militärisches Eingreifen stellten französische Politiker wiederholt einen direkten Bezug der Ereignisse in Côte d'Ivoire zur humanitären Situation im Lande, aber auch explizit zum Völkermord in Ruanda her. Dominique de Villepin, damals Außenminister unter Präsident Jacques Chirac, sprach z. B. in einem Interview mit der französischen Tageszeitung *La Croix* explizit von der »Gefahr eines neuen

Ruanda« und betonte, dass ohne das Eingreifen Frankreichs »schon eine Katastrophe stattgefunden« hätte.¹¹ Ähnliche Äußerungen sind auch von anderen Regierungsvertretern überliefert. Selbst der grüne Oppositionspolitiker Noël Mamère, der militärischen Interventionen eher kritisch gegenübersteht, sprach in einer Parlamentsdebatte davon, dass verhindert werden müsse, »dass sich das Drama von Ruanda« in Côte d'Ivoire wiederholt.¹²

Einen geographisch und historisch direkteren Zusammenhang mit den Ereignissen in Ruanda hatte das Eingreifen Frankreichs im Rahmen einer EU-Militäroperation in der Provinz Ituri im Osten der DR Kongo. Dort eskalierte im Jahre 2003 ein bereits länger schwelender Konflikt zwischen den Volksgruppen der Lendu und Hema. Im Gegensatz zu gewaltsamen Konflikten in anderen ostkongolesischen Provinzen waren keine Hutu-Rebellen direkt an den Kämpfen in Ituri beteiligt. Dennoch wird der bis heute bestehende Konflikt zwischen beiden Ethnien oft mit demjenigen zwischen Hutu und Tutsi in Ruanda verglichen, da auch hier eine lange benachteiligte Mehrheit (Lendu) einer bevorzugten Minderheit (Hema) gegenübersteht.

Neben Belgien war Frankreich die treibende Kraft beim Zustandekommen der EU-Operation in Ituri und stellte zudem das mit Abstand größte Truppenkontingent. Bei der Legitimation der Operation nahmen die französischen Entscheidungsträger keinen direkten Bezug auf Ruanda oder das Prinzip der Schutzverantwortung. Jedoch wurden humanitäre Gründe wiederholt als wichtige Motivation angeführt. Außenminister Villepin betonte im Juni 2003 vor der französischen Nationalversammlung, »das Verhindern eines humanitären Desasters« solle eine Hauptaufgabe der EU-Truppe sein,¹³ und Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie hob z. B. während eines Besuchs bei den EU-Soldaten hervor, dass »ein humanitäres Drama verhindert wurde, von denen der afrikanische Kontinent schon zu viele kennt«.¹⁴

Im Tschad und in der ZAR war es einige Jahre später erneut Frankreich, das die EU zu einer Militäroperation in Afrika bewegte (Operation »EUFOR Tchad/RCA«, 2008–2009). Ziel war es, Lager für Flüchtlinge aus der benachbarten sudanesischen Krisenprovinz Darfur zu schützen. Paris hatte

sogar für die Einrichtung eines humanitären Korridors – ähnlich wie damals in Ruanda – geworben, um Flüchtlinge aus Darfur hinauszuleiten. Dieser Vorschlag scheiterte jedoch am Widerstand des sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir und stieß auch in NGO-Kreisen auf scharfe Kritik, nicht zuletzt wegen den umstrittenen Erfahrungen mit der Sicherheitszone in Ruanda.

»Vater« der EUFOR-Operation im Tschad und der ZAR war in erster Linie Bernard Kouchner, von 2007 bis 2010 französischer Außenminister. Als Mitbegründer von »Ärzte ohne Grenzen« war er einer der größten Verfechter des »Rechts auf Einmischung« und der globalen Schutzverantwortung. Präsident Nicolas Sarkozy folgte der Linie seines Chefdiplomaten und bezeichnete z. B. auf dem G8-Gipfel im Juli 2007 in Heiligendamm die Situation an der Grenze zu Darfur als »humanitäre Katastrophe«, der man »nicht sprachlos gegenüberstehen« dürfe.¹⁵ Auch der Diskurs anderer französischer Entscheidungsträger zur Begründung des Militäreinsatzes war sehr stark von einer humanitären Argumentation geprägt.

Im April 2011 wurde Côte d'Ivoire erneut Schauplatz einer französischen Militärintervention. Frankreich war es durch sein Eingreifen im Jahre 2002 gelungen, den Konflikt zwischen Ex-Präsident Gbagbo und seinen Widersachern aus dem Norden des Landes soweit zu stabilisieren, dass es über mehrere Jahre hinweg zu keinen größeren Auseinandersetzungen mehr gekommen war. In Folge der Präsidentschaftswahlen, die nach mehrjähriger Verzögerung Ende Dezember 2010 stattfanden, eskalierte der ivoirische Konflikt jedoch erneut. Grund dafür war, dass Gbagbo, der seinem Hauptkontrahenten Alassane Ouattara aus dem Norden des Landes knapp unterlegen war, seine Wahlniederlage nicht akzeptierte. Es folgten schwere bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Anhängern Gbagbos und Ouattaras, die sich über mehrere Monate hinzogen.

Vier Monate nach den Wahlen entschied sich Paris daher dazu, die seit 2002 im Land stationierte Operation »Licorne« massiv zu verstärken und den Soldaten der UN-Friedensoperation UNOCI dabei zu helfen, Wahlsieger Ouattara und seinen militärischen Unterstützern den Weg in den Präsidentenpalast zu ebnet. Humanitäre Beweggründe,

meist unter Betonung des Willens zum Schutz der Zivilbevölkerung, wurden auch dieses Mal als Hauptmotivation für ein Eingreifen angeführt. In einem Kommuniqué vom 11. April 2011 verwies das Elysée auf die »alarmierende humanitäre Situation« in Côte d'Ivoire, die eine Intervention unter Beteiligung französischer Truppen erfordere.¹⁶

Jüngstes Beispiel einer humanitären Intervention Frankreichs in Afrika ist das Eingreifen in der ZAR (Operation »Sangaris«) seit Dezember 2013. Als im März 2013 die oppositionelle Séléka-Rebellion – eine eher lose Ansammlung mehrerer Gruppen aus dem vorwiegend muslimischen Norden des Landes – den ehemaligen Präsidenten François Bozizé aus dem Amt putschte, verschlechterte sich die schon lange instabile politische Lage in der ZAR. Die Zahl der religiös motivierten Tötungen nahm rapide zu. Vereint unter dem Label der »Anti-Balaka«-Milizen schlugen ehemalige Anhänger Bozizés – größtenteils christlichen Glaubens bzw. Angehörige animistischer Religionen – die Séléka-Rebellen brutal zurück und griffen die muslimische Bevölkerung in verschiedenen Landesteilen an.

Als die »Anti-Balaka-Koalition« am 5. Dezember 2013 einen koordinierten Angriff auf die Hauptstadt Bangui startete, entschloss sich Paris zu einem robusten Eingreifen. Humanitäre Motive dominierten den französischen Diskurs zur Legitimierung der Operation, der, ähnlich wie in Côte d'Ivoire, auch direkt Bezug nahm auf die Ereignisse in Ruanda und sogar explizit die Gefahr eines erneuten »Völkermords« benannte. Außenminister Laurent Fabius wies bereits Mitte November 2013 in einem Fernsehinterview darauf hin, dass das Land »am Rande eines Genozids« stehe.¹⁷ Auch Präsident François Hollande betonte im Januar 2014 in seiner Neujahrsansprache an das französische diplomatische Korps, dass in der ZAR ein »Völkermordrisiko« bestünde, das bei ihm Erinnerungen wachriefe an das, »was in Ruanda geschehen war«.¹⁸

Côte d'Ivoire, Tschad, Mali: Fortleben der Realpolitik

Den »neuen« französischen Interventionismus in Afrika als rein humanitär zu beschreiben, wäre

jedoch ebenso vereinfachend wie es jene Tendenz ist, das militärische Comeback Frankreichs als bloße Neuauflage der überkommen geglaubten traditionellen Einflusspolitik zu interpretieren. Grundsätzlich ist es immer problematisch, Militäreinsätze auf einen einzigen Motivationsgrund zu reduzieren. Meist ist es eine Kombination von verschiedenen Gründen, die eine Regierung dazu veranlasst, Soldaten ins Ausland zu entsenden. Auch im Falle des jüngsten militärischen Engagements Frankreichs auf dem afrikanischen Kontinent war und ist dies nicht anders. So spielten in einigen Fällen auch – bzw. sogar in erster Linie – »harte« wirtschaftliche, geostrategische und sicherheitspolitische Interessen eine Rolle.

In Côte d'Ivoire lag Frankreich weder im Jahre 2002 noch 2011 allein die ivoirische Zivilbevölkerung am Herzen. Das Verhältnis zum ehemaligen Präsidenten Gbagbo war seit jeher angespannt, und so war es wenig überraschend, dass Frankreich ihm nicht militärisch zur Seite stand. Vor den Wahlen Ende 2010 war es ein offenes Geheimnis, dass Paris den späteren Wahlsieger Ouattara als Partner klar favorisierte. Französische Unternehmen versprachen sich von seiner Präsidentschaft einen leichteren Zugang zum ivoirischen Wachstumsmarkt, immerhin der zweitgrößte in Westafrika nach Nigeria. Auch in Bezug auf die DR Kongo waren wirtschaftliche Interessen ein Grund für ein Eingreifen der EU in dem ressourcenreichen zentralafrikanischen Land.

Geostrategische Interessen stellten einen wichtigen Grund für die besondere Sorge um Stabilität im Tschad dar. Parallel zu seinem Engagement im Rahmen der EU-Operation »EUFOR Tchad/RCA« stützte Paris den wenig demokratischen tschadischen Präsidenten Idriss Déby, der noch während der Vorbereitungen zu der Operation mehrere Oppositionelle verhaften und »verschwinden« ließ, durch die bereits seit 1986 im Lande stationierte Operation »Epervier«. Anfang Februar 2008 leistete das Epervier-Kontingent der tschadischen Armee logistische Unterstützung bei der Abwehr eines Rebellenangriffs aus dem Osten des Landes. Nur mit erheblichem diplomatischem Aufwand gelang es Paris damals, seine zweifelnden europäischen Partner an Bord der EUFOR-Operation zu halten.

Als sich Paris Anfang Januar 2013 entschlossen hatte, in Mali gegen mehrere salafistisch-dschihadistische Gruppierungen militärisch vorzugehen, die de facto die Kontrolle über den Norden des Landes übernommen hatten, waren auch hier nicht alleine humanitäre Erwägungen ausschlaggebend. Die groß angelegte Militäraktion »Serval« umfasste streckenweise bis zu 4500 französische Soldaten. Zwar spielten die Verbrechen der radikalen Dschihadisten der drei Gruppierungen Al Khaïda im Islamischen Maghreb (AQIM), Ansar Dine und der Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (MUJAO) an der malischen Zivilbevölkerung ebenfalls eine Rolle bei der Rechtfertigung des Einsatzes. Im Mittelpunkt stand aber die Furcht, eine weitere Ausdehnung des dschihadistischen Einflusses in Mali könne französische Sicherheitsinteressen direkt oder indirekt berühren. In den Jahren zuvor waren in der Region mehrere Franzosen als Geiseln genommen worden, und die Terrorgruppen hatten mehrmals Anschläge in Frankreich angekündigt. Zudem tauchten in Mali und den angrenzenden Staaten der Sahel-Region mehrere französische Staatsbürger auf, die angeblich Kontakte zu den entsprechenden Gruppen pflegten.

Kaum zu übersehen ist auch, dass Frankreich – welche Motivationen es mit den einzelnen Militäreinsätzen auch immer verfolgt – weiterhin nahezu ausschließlich in den Staaten des ehemaligen französischsprachigen »pré-carré« militärisch aktiv ist. Einzige Ausnahme ist das französische Engagement in Somalia, wo sich die französische Armee an der EU-Marineoperation »Atalanta« zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias sowie einer begleitenden militärischen EU-Trainingsmission für somalische Sicherheitskräfte (EUTM Somalia) beteiligt. Auch hier stehen jedoch vor allem Sicherheitsinteressen (Piraterie- und Terrorismusbekämpfung) und weniger humanitäre Gründe im Zentrum des französischen Engagements. Als 2007 in Kenia und im Dezember 2013 im Süd-Sudan ethnisch motivierte Unruhen ausbrachen, war Paris wesentlich zurückhaltender und zog kein militärisches Eingreifen in Erwägung. Trotz einer veränderten Motivlage konzentriert sich Frankreichs Sensibilität für humanitäre Krisen also weiterhin stark auf diejenigen Länder, zu denen es besondere historische Beziehungen pflegt.

Schlussbemerkungen

Die Analyse hat gezeigt, dass Frankreichs Rolle vor und während des Völkermords in Ruanda nicht nur unmittelbare Folgen für das militärische Afrika-Engagement des Landes in den 1990er Jahren hatte – als tragischer Schlussakkord der langjährigen postkolonialen Status-quo-Politik im »pré-carré«. Vielmehr weist die zentrale Bedeutung humanitärer Motive bei den meisten Militäreinsätzen auf dem Kontinent seit Anfang des 21. Jahrhunderts darauf hin, dass Ruanda die heutige französische Politik nachhaltig geprägt hat. Deutlich wird dieser »Ruanda-Effekt« insbesondere daran, dass französische Entscheidungsträger regelmäßig auf die Ereignisse in Ruanda Bezug nehmen, um ihre Entscheidungen zur Teilnahme an Militäreinsätzen in Afrika zu rechtfertigen. Vor allem in Côte d'Ivoire und im Zuge der vor kurzem lancierten Operation »Sangaris« in der ZAR war dies deutlich zu beobachten.

Sicher liegt im Willen, Völkermord und schwere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern bzw. zu bekämpfen, nicht der einzige Grund, dass sich Frankreich auch zwanzig Jahre nach Ruanda weiter militärisch in Afrika engagiert. Wie im Tschad und in Mali deutlich wurde, umfasst die französische Politik nach wie vor eine starke realpolitische Kom-

ponente, auch wenn diese mit der Politik vergangener Tage nur noch wenig zu tun hat. Insbesondere seit Beginn der Intervention in Mali im Januar 2013 lässt sich in Frankreich ein neuer Realismus beobachten, in dem der afrikanische Kontinent als Quelle direkter und indirekter Bedrohungen für die französische Sicherheit »wiederentdeckt« wurde. Ob dies tatsächlich den Beginn einer neuen strategischen Ausrichtung der französischen Afrika-Politik darstellt, wie dies in den Medien oft holzschnittartig dargestellt wird, lässt sich zum momentanen Zeitpunkt aber noch nicht eindeutig sagen.

Die Ereignisse in Ruanda haben ohne Zweifel Spuren in den Köpfen der politischen Elite Frankreichs hinterlassen. Schade ist, dass eine objektive Diskussion über die französische Rolle rund um den Völkermord weiterhin schwierig ist, denn die Debatte ist und bleibt sehr emotional aufgeladen. Dies macht auch eine wissenschaftliche Untersuchung des Einflusses der Ereignisse auf die heutige französische Politik in Afrika nicht einfach, denn involvierte Politiker und Militärs ziehen es vor zu schweigen oder geben nur anonym Auskunft über ihre Sicht der Dinge.

Tobias Koepf ist Associate Fellow am European Union Institute for Security Studies (EUISS) in Paris.

Anmerkungen

- 1 Für einen hervorragenden deutschsprachigen Überblick über Frankreichs postkoloniale Afrika-Politik zwischen 1960 und dem Ende des Kalten Krieges, einschließlich ihrer militärischen Dimension, vgl. Stefan Brüne, *Die französische Afrikapolitik: Hegemonialinteressen und Entwicklungsanspruch*, Baden-Baden 1995.
- 2 Die Liste der Autoren, die diese These vertreten, ist lang. Vgl. z. B. Patrick de Saint-Exupéry, *L'inavouable: La France au Rwanda*, Paris 2004; Roméo A. Dallaire, *Shake Hands With the Devil: The Failure of Humanity in Rwanda*, Toronto 2003; Jean-Paul Gouteux, *Un génocide secret d'Etat: La France et le Rwanda 1990–1997*, Paris 1998.
- 3 Vgl. Pierre Brana, Bernard Cazeneuve, *Rapport d'information N° 1271 au nom de la Commission de la défense nationale et des forces armées et de la Commission des affaires étrangères sur les opérations militaires menées par la France, d'autres pays et l'ONU au Rwanda entre 1990 et 1994* (Band 1), Assemblée nationale, Paris, 15.12.1998, <<http://www.assemblee-nationale.fr/dossiers/rwanda/r1271.asp>>.
- 4 Für eine ausgewogene, unpolemische Diskussion der Hintergründe der französischen Rolle in Ruanda vgl. z. B. das Kapitel zu Ruanda in Andreas Hasenclever, *Die Macht der Moral in der internationalen Politik: Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina*, Frankfurt am Main 2001, S. 283–344.
- 5 Vgl. Tobias Koepf, *Frankreichs »neue« militärische Interventionspolitik in Subsahara-Afrika (2002–2009): Eine konstruktivistische Analyse*, Baden-Baden 2013, S. 126.
- 6 Vgl. dazu z. B. Rachel Utley, »Not to do less but to do better ...« French military policy in Africa 2002, in: *International Affairs* 2002/1, S. 129–146.
- 7 Einen Akzent auf die Kritik an Frankreich aus dieser Perspektive hat insbesondere Daniela Krosiak in ihrem Buch

- gesetzt: Daniela Krosiak, *The Role of France in the Rwandan Genocide*, London 2007, vgl. v.a. S. 247–270.
- 8 Vgl. International Commission on Intervention and State Sovereignty, *The Responsibility to Protect* (International Development Research Centre), Ottawa 2001, <<http://responsibilitytoprotect.org/ICISS%20Report.pdf>>.
 - 9 Vgl. z. B. Peter Rudolf, *Schutzverantwortung und humanitäre Intervention: Eine ethische Bewertung der »Responsibility to Protect« im Lichte des Libyen-Einsatzes* (Stiftung Wissenschaft und Politik – SWP), Berlin, Februar 2013, <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S03_rdf.pdf>.
 - 10 Zum Zusammenhang zwischen der spezifisch französischen Diskussion um das »Recht auf Einmischung« und der Debatte um die globale Schutzverantwortung vgl. Eleanor Davey, *Beyond the »French Doctors: The evolution and interpretation of humanitarian action in France*, London, Oktober 2012, v.a. S. 29–31.
 - 11 Vgl. Dominique de Villepin, Interview mit der Tageszeitung *La Croix*, Paris, 16.12.2002.
 - 12 Vgl. dazu die Frage *Mamères* an Dominique de Villepin während einer Anhörung des Außenministers vor der Commission des affaires étrangères der französischen Nationalversammlung am 29.1.2003. Allerdings plädierte *Mamère* damals für eine mittelfristige Ablösung der französischen Operation »*Licorne*« durch eine UN-Friedensoperation, in: *Assemblée nationale, Bulletin des Commissions* 2003/3, <http://www.assemblee-nationale.fr/12/bulletins_commissions/index.asp>, S. 218 f.
 - 13 Vgl. Dominique de Villepin, Anhörung vor der Commission des affaires étrangères, de la défense et des forces armées des französischen Senats, *Communiqué de presse*, Paris, 12.6.2003, <<http://www.senat.fr/presse/cp20030612a.html>>.
 - 14 Vgl. Michèle Alliot-Marie, Rede während eines Besuchs im Truppenhauptquartier der Operation »*Artemis*« (engl.), Entebbe, 2.8.2003, <<http://www.ambafrance-uk.org/Visit-to-the-Democratic-Republic>>.
 - 15 Vgl. Nicolas Sarkozy, Pressekonferenz aus Anlass des G8-Gipfels in Heiligendamm, 7.6.2007.
 - 16 Vgl. Présidence de la République française, *Kommuniqué zur Situation in Côte d'Ivoire*, 4.4.2011, <<http://www.franceonu.org/la-france-a-l-onu/un-express/Cote-d-Ivoire-4-avril-2011>>.
 - 17 Zitiert nach: *La Centrafrique est « au bord du génocide » selon Fabius*, in: *Le Parisien* (AFP), 21.11.2013, <<http://www.leparisien.fr/international/laurent-fabius-la-centrafrique-est-au-bord-du-genocide-21-11-2013-3336471.php>>.
 - 18 Vgl. François Hollande, *Neujahrswünsche an das diplomatische Korps Frankreichs*, Paris, 17.1.2014, <<http://www.elysee.fr/declarations/article/new-year-s-greetings-to-the-diplomatic-corps/>>.

